

## **Für eine zeitgemäße Demokratie im Land Berlin**

Am 18. September wird in Berlin gewählt.

Die Lebensqualität in der Stadt wird in Gegenwart und Zukunft durch steigenden Zuzug, verstärkt durch die dringend gebotene Aufnahme von Flüchtlingen, nachhaltig geprägt. In dieser Situation entfaltet ein langjähriger Verzicht der Senatsverwaltung seine beängstigenden Auswirkungen:

Es wurde in Zusammenarbeit mit den Stadtbezirken nach 1990 **kein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept** erarbeitet, das

- wirtschaftliche, einschließlich wohnungswirtschaftliche
- sozial- und infrastrukturelle
- Lärm-, Verkehrs- und Schadstoffbelastungen einschließlich
- urbane Auswirkungen des Klimawandels...

auf einander bezieht.

Das ist der chronische Verzicht des Senats und seines Ressorts für Stadtentwicklung (seit 1999 SPD-geführt) auf eine vorausschauende Stadtplanung, was immer prekärere soziale Auswirkungen zeigt.

Der Verzicht wird heute fortgeschrieben durch hektisch autoritäre Entscheidungen eben dieses Senatsressorts für eine **bauliche Verdichtung der Innenstadt** ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen **komplex wirkenden Begleitfaktoren**, ohne Mitspracherecht der betroffenen Bürger.

Wir sehen uns durchaus in Übereinstimmung mit Vertretern der Wirtschaft: „Für die Gestaltung der größer werdenden Stadt muss es ein umfassendes Konzept geben, keine einzelnen Stückwerke.“ Und: „Das ist auch eine Aufgabe der Bürgergesellschaft, sich zu beteiligen und einzubringen.“ („Der Senat hat keine Strategie“, Interview mit VBKI-Präsident Voigt, in: Berliner Zeitung vom 20./21.02.16).

Der zuständige Senator Geisel (SPD) argumentiert seit Übernahme seines Amtes im Dezember 2014 eindimensional technokratisch mit Wohnungsbauzahlen und hämmert diese der Öffentlichkeit über die Medien ins Bewusstsein. (In der untergegangenen DDR nannte man solche Zahlenargumentation einmal „Tonnenideologie“; deren Risiken und Nebenwirkungen sind bekannt.)

Eine Analyse, durch welche Gruppen oder Immobilienunternehmen sich Nachfrage nach welcher Art Wohnungen ergibt, scheint nicht nötig; nicht die Frage nach Impulsen für nachhaltigen Arbeitsplatzzuwachs; keine ökologischen Faktoren und Klima-Prognosen; auch nicht generelle konkrete Kriterien für Stadtentwicklung.

Stattdessen wurden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für die bauliche **Verdichtung** der Stadt in die Pflicht genommen. Diese bedanken sich nunmehr beim Senatsressort für die motivierende „Sprinterprämie“ mit einem Buch unter dem Titel „Wir bauen für Berlin“.

Darin wird der Bau von 60.000 neuen Wohnungen mit geplantem Anteil bezahlbaren Wohnraums bis 2026 angekündigt.

Allein dieses geplante Bauvolumen und die damit verbundene Bevölkerungszahl bedeuten: **In die vorhandene Stadt soll eine Großstadt eingefügt werden, vorwiegend im Ostteil**, da sich hier die Handlungsmöglichkeiten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften konzentrieren. Die baulichen Aktivitäten privater Wohnungsunternehmen sind dabei noch nicht bedacht. **Eine polyzentrische Stadterweiterung mit durchdachter Infrastruktur wurde von Anfang an ausgeschlossen.**

Die bei der Nachverdichtung der Innenstadt ignorierten **komplexen** Auswirkungen bekommen **die Bürger** zu spüren, **nicht die Entscheider**. Folglich hat sich in unterschiedlichen Stadtteilen Protest formiert (z. B. Pufendorfstraße, Fischerinsel, Michelangelostraße), der vom Senator arrogant als Egoismus abgetan wird.

Wir, das **Aktionsbündnis Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West**, gehören dazu und sehen uns den Bebauungsplänen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WBM GmbH gegenüber, deren Gesellschafter die Senatsverwaltung für Finanzen und die für Stadtentwicklung und Umwelt sind. Vertreter beider Ressorts sitzen im Aufsichtsrat.

Unsere Argumente **gegen** die Anwendung von **§ 34 BauGB**, der beliebige Entscheidungen zu Einzelobjekten erlaubt, und **für Entscheidungen nach Bebauungsplan**, der die **komplexen** Einflussfaktoren berücksichtigt, wurden in Petitionen mit insgesamt 700 Unterschriften an das Abgeordnetenhaus zusammengefasst. Die Antworten nach mehr als einem halben Jahr gingen auf die konkret vorgetragenen Argumente nicht ein und waren eine Beleidigung für die Petenten. Als eine Art demokratisches Feigenblatt verwies man uns an einen so genannten „Runden Tisch“ der WBM. Unsere dort vorgetragenen Hinweise hatten keinerlei Folgen, wurden im Protokoll sogar komplett verschwiegen. Wir sahen uns deshalb gezwungen, unsere Teilnahme daran auszusetzen.

Die von uns gewählten Vertreter in der **BVV Friedrichshain-Kreuzberg** haben am 15.07. 2015 einen **Beschluss** gefasst, der für Friedrichshain-West eine bauliche Nachverdichtung nur nach Bebauungsplan fordert (**DS 1752/IV**). Die WBM besteht auf Bebauung nach § 34 BauGB. Baustadtrat Panhoff teilte auf der Sitzung des Bauausschusses der BVV am 4.11.15 mit: „Wenn Frau Lüscher nicht will und wenn Herr Geisel nicht will, dann gibt es keinen B-Plan!“ (also nur Bebauung nach dem beliebig nutzbaren § 34 BauGB).

Das Aktionsbündnis hat inzwischen einen Einwohner\*innenantrag für die Durchsetzung des BVV-Beschlusses DS1752/IV erarbeitet, der von 2388 Bürgern durch deren Unterschrift unterstützt wird.

**Zugehörig zum Souverän des Landes Berlin haben wir am 18. September eine Wahl.**

Wir gedenken uns nicht mit der hinlänglich verbreiteten Ansicht abzufinden: „Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen.“ Wir werden uns bei unserer Entscheidung nicht von PR-gestylten Wahlwerbeslogans leiten lassen, z.B. auch nicht von einem rhetorischen Bekenntnis zur „sozialen Stadt“. Angesichts des Einbaus einer Großstadt in den vorhandenen urbanen Raum wird die „soziale“ Qualität preiswerter Wohnungen durch **Hinterhofcharakter** erkaufte sein.

Deshalb bitten wir Ihre Partei um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Wie verhält sich Ihre Partei zur Stadtentwicklung als **massiver Innenstadtverdichtung** trotz Klimaerwärmung und zunehmender Feinstaubbelastung auf Grund Verkehrsverdichtung? Plädieren Sie hingegen **alternativ** für eine **polyzentrische Stadterweiterung** mit durchdachter Infrastruktur? Falls Sie sich gegen professionell geplante Stadterweiterung aussprechen: Mit welchen fundierten Argumenten?
2. Welche Position bezieht Ihre Partei zum Verzicht auf ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept für Berlin als **komplexes** Vorhaben, das sozialstrukturelle, Klima- und Wirtschaftsentwicklungsfaktoren integriert? Was gedenken Sie gegebenenfalls für dessen Erarbeitung zu tun?
3. Welches **externe Fachwissen** (nicht nur von guten Bekannten in Berlin) zu heutigen Problemen von Stadtentwicklung (unter anderem unter den genannten Aspekten einschließlich wachsender Migration) ruft Ihre Partei für die Formulierung Ihrer Position zur Entwicklung Berlins ab?
4. Wie steht Ihre Partei zur Bürgerbeteiligung bei **Entscheidungsvorbereitung** durch das zuständige Senatsressort? (Nach unserer Kenntnis wurden die Bürger in keinem der betroffenen Stadtgebiete in die **Entscheidungsvorbereitung** einbezogen.)
5. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass wir den Aufwand dieses Einwohnerantrages mit 2388 Unterschriften betreiben mussten mit dem Ziel und in der Hoffnung, dass ein Allparteienbeschluss der BVV realisiert wird?

Ergänzend verweisen wir auf Folgendes:

Im Jahr 2011 betrug die Wahlbeteiligung in Berlin 60,2 %.

Vor fünf Jahren gab es noch kein nennenswertes Angebot rechtspopulistischer Parteien. Die bieten auf **komplexe** Probleme **einfache** Antworten. Der Senat reagiert gegenwärtig auf die **komplexe** Herausforderung Stadtentwicklung mit Schwerpunkt Wohnungsbau mit der **einfachen** Antwort: auf geringer Fläche hohe Häuser in der Innenstadt zu bauen, genannt „**Verdichtung**“.

Wir plädieren **nicht** für die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien, fragen lediglich nach **Professionalität**, gemessen an nationalen und internationalen Positionen, bei der Herausforderung **Stadtentwicklung**. Die zuständige Senatsverwaltung mit 1.900 Mitarbeitern heißt „für Stadtentwicklung und Umwelt“.



Dr. Gabriele Lindner



Dr. Dieter Kloß



Hans-Joachim Trappen



Gisela Wendrock

gez. Heidemarie Wienert